

Vertraulich

Montag, 13. Dezember 1965.

Eventuelle Uebernahme britischer
Interessen in afrikanischen Staaten.

Politisches Departement. Antrag vom 11. Dezember 1965 (Beilage).

Gestützt auf die Ausführungen des Politischen Departements
hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Das Politische Departement wird ermächtigt, der britischen Botschaft auf ihre Sondierung hinsichtlich einer Uebernahme der britischen Interessen in Algerien und eventuelle auch in Aethiopien zustimmend zu antworten; dies unter dem Vorbehalt, dass Algerien bzw. Aethiopien damit ebenfalls einverstanden wären.
2. Sollten der Schweiz im Zusammenhang mit dem Rhodesienproblem weitere Schutzmandate in Ländern, wo sie offizielle Vertretungen besitzt, angetragen werden, so ist das Politische Departement, falls keine wichtigen Gründe entgegenstehen, zur Annahme ermächtigt.
3. Das Departement wird dem Bundesrat zu gegebener Zeit über die effektiv übernommenen Mandate Bericht erstatten.

Protokollauszug in 10 Ex. an das Politische Departement.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



p.B.24.GB.8. - PO/mb
p.B.24.GB.9.

Bern, den 11. Dezember 1965

Vertraulich und dringend

Ausgeteilt

A n d e n B u n d e s r a t

Eventuelle Uebernahme
britischer Interessen in
afrikanischen Staaten

Am 3. Dezember hat eine ausserordentliche Ministerkonferenz der Organisation für die afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba bekanntlich den Beschluss gefasst, dass alle Mitgliedstaaten ihre diplomatischen Beziehungen mit London abbrechen sollten, wenn Grossbritannien bis zum 15. Dezember die rhodesische Rebellion nicht niederwerfe.

Diese der Realität keinerlei Rechnung tragende Drohung ist in London mit betontem Gleichmut hingenommen worden. Bereits macht sich auch unter einigen afrikanischen Staaten ein Zögern vor dem eigenen Mut bemerkbar. So hat der durch seine Besonnenheit bekannte Ministerpräsident von Nigeria dieser Tage durchblicken lassen, dass sein Land den von der OAU postulierten Abbruch der Beziehungen zu Grossbritannien nicht als zweckmässiges Mittel betrachte, um der Lösung der Rhodesienfrage, wie sie von allen gewünscht werde, näherzukommen. Dennoch ist zu befürchten, dass andere, heftiger reagierende afrikanische Staaten, namentlich solche, die von Rhodesien weit entfernt liegen, die Drohung wahr machen könnten. Entsprechende Berichte liegen von unseren Botschaften in Algier und Kairo vor.

Am Freitag 10. Dezember hat die britische Botschaft in Bern beim Politischen Departement "vorsorglich und provisorisch" sondiert, ob die Schweiz, wenn es wirklich zum Bruche käme, bereit wäre, die britischen Interessen in Algerien, eventuell später auch

./.

- 2 -

in Aethiopien zu übernehmen. Man rechnet in London damit, dass es gegebenenfalls möglich wäre, die direkten Handels- und konsularischen Beziehungen zu diesen Ländern trotz Abbruchs der Beziehungen aufrecht zu erhalten, sodass unser Interessenschutz auf die rein diplomatische Ebene beschränkt bliebe. Was die VAR anbelangt, so würde sich Grossbritannien mit dem Ersuchen um Interessenwahrung zunächst an seinen Commonwealth-Partner Kanada wenden.

Wir haben wie üblich geantwortet, dass die Schweiz grundsätzlich immer verfügbar sei, den anderen Staaten in ihren Schwierigkeiten beizustehen, dass aber natürlich der Entscheid des Bundesrates, den wir sofort einholen würden, vorbehalten bleibe und dass gegebenenfalls auch das Einverständnis der Gegenseite erforderlich wäre.

Im Rahmen unserer traditionellen Politik der "guten Dienste" werden u.E. auch diese Mandate nicht zurückgewiesen werden können.

Es ist ausserdem denkbar, dass sich London, sofern weitere afrikanische Staaten zum Abbruch der Beziehungen schreiten sollten, erneut an die Schweiz wendet. Auch die Beanspruchung der Schweiz durch afrikanische Staaten wäre nicht ausgeschlossen. Um in der Lage zu sein, solchen Gesuchen rasch und wirkungsvoll zu entsprechen, wäre es nützlich, wenn der Bundesrat das Politische Departement generell ermächtigen könnte, aus dem Rhodesienproblem fliessende Schutzmandate zu übernehmen.

Wir beehren uns daher, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

- 1) Das Politische Departement wird ermächtigt, der britischen Botschaft auf ihre Sondierung hinsichtlich einer Uebernahme der britischen Interessen in Algerien und eventuell auch in Aethiopien zustimmend zu antworten; dies unter dem Vorbehalt, dass Algerien bzw. Aethiopien damit ebenfalls einverstanden wären.

./.

- 3 -

- 2) Sollten der Schweiz im Zusammenhang mit dem Rhodesienproblem weitere Schutzmandate in Ländern, wo sie offizielle Vertretungen besitzt, angetragen werden, so ist das Politische Departement, falls keine wichtigen Gründe entgegenstehen, zur Annahme ermächtigt.
- 3) Das Departement wird dem Bundesrat zu gegebener Zeit über die effektiv übernommenen Mandate Bericht erstatten.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Protokollauszug in 10 Ex. an das Politische Departement